



25. November 2008

Abschlussklärung der für Stadtentwicklung zuständigen Minister

Auf Einladung der Französischen EU-Ratspräsidentschaft tagten die für Stadtentwicklung zuständigen Minister am 25. November 2008 in Marseille zum Thema «*Die nachhaltige und solidarische Stadt*».

Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, der Ausschuss der Regionen, der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie Vertreter der Europäischen Investitionsbank (EIB) nahmen an diesem Treffen teil.

Die Präsidentschaft hatte ebenfalls die Vertreter der Staaten, die einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union gestellt haben und Nachbarländer eingeladen. Sie begrüßt die Teilnahme mehrerer Organisationen, welche die Lokalbehörden und die Zivilgesellschaft vertreten.

Durch dieses Treffen im Rahmen einer informellen Sitzung, das auch dem Wohnungswesen und der territorialen Kohäsion gewidmet war, konnten die Überlegungen dieser beiden, für jede integrierte Stadtentwicklungspolitik wesentlichen Bereiche, besser im Zusammenhang gesehen werden.

Dieses Treffen fand in einem Kontext statt, der durch die finanzielle, wirtschaftliche und soziale Krise charakterisiert ist, die viele unserer Mitbürger und ganze Teile unserer Volkswirtschaften treffen wird. Diese Krise muss uns dazu bewegen, den Kurs der Strategie zugunsten einer nachhaltigen und solidarischen Stadtentwicklung beizubehalten, denn hier liegt die einzige Möglichkeit, ein neues Wachstum zu fördern, das die sozialen und territorialen Spaltungen verringert.

Die Notwendigkeit eines urbanen Ansatzes in der öffentlichen Politik

-A- Sowohl in historischer als auch in kultureller Hinsicht sind die Städte Bausteine der europäischen Identität. Sie bilden das „polyzentrische Rückgrat“ des Territoriums der Europäischen Union und umfassen 70% der europäischen Bevölkerung. Die Städte entsprechen einer sozialen Realität, welche die politischen und sozialen Entscheidungen reflektiert. Als Orte des Zusammenwirkens zwischen den sozial-ökonomischen, politischen und ökologischen Bereichen und sämtlichen institutionellen, privaten und assoziativen Akteuren, stellen die Städte für Europa einen wesentlichen Trumpf dar. Als Teilnehmer am wirtschaftlichen Wettbewerb sind sie die Hauptmotoren der wirtschaftlichen Entwicklung und der Innovation. In ihnen konzentrieren sich die Arbeitsplätze, die Dienstleistungen für die Unternehmen und die Hochschul- und Forschungseinrichtungen sowie die sozialen und kulturellen Dienste und Netzwerke, die für die Lebensqualität der Einwohner und der sozialen Kohäsion unerlässlich sind. In ihrer jeweiligen Diversität, Größe, Form und ihrem Governance-Modus liegen ihre Stärken, die es aufzuwerten gilt. Da die Städte ihr gesamtes Potenzial mobilisieren und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum fördern, stehen sie im Zentrum der Umsetzung der Strategie von Lissabon und der europäischen Strategie für die nachhaltige Entwicklung.

-B- Die europäischen Städte müssen großen Herausforderungen begegnen: der Herausforderung der sozialen Kohäsion, der ökologischen Herausforderung, insbesondere angesichts der Auswirkungen des Klimawandels, der Herausforderung der Wettbewerbsfähigkeit angesichts der Globalisierung sowie den Herausforderungen der neuen Energielage, der Finanz- und Wirtschaftskrise und der Beteiligung der Bürger an den sie

betreffenden Entscheidungen. Die Städte müssen den Spannungen und Risiken der Fragmentierung begegnen, die ihre Territorien durchziehen, indem sie gleichzeitig die Ziele des Strebens nach Exzellenz, der Integration neuer Bevölkerungsgruppen und der Solidarität mit den schwächsten Personen der Gesellschaft verfolgen.

Eine integrierte, nachhaltige und solidarische urbane Stadtentwicklung

-C- Die Verflechtung dieser Probleme erfordert einen multi-sektoriellen Ansatz. Indem Governance, Umwelt, Wirtschaft und der soziale Einschluss sowie die globalen und lokalen Aspekte kurzfristig und langfristig miteinander verbunden werden, ist die nachhaltige Entwicklung als eine Chance zu verstehen, die urbanen Probleme anders anzugehen und neue Methoden zu ihrer Lösung auszuarbeiten. Die Verantwortlichen für Stadtpolitik haben die Pflicht, einen integrierten Ansatz für die Stadt zu verfolgen, um nachhaltige und solidarische Städte zu schaffen und weiter zu entwickeln.

-D- Diese Herausforderungen müssen den Akteuren Anreize bieten, zu innovieren und Arbeitsplätze von besserer Qualität zu schaffen, die allen, insbesondere den am stärksten benachteiligten Bevölkerungsschichten, zugänglich sind. Die Politiken des sozialen Einschlusses erfordern, dass die Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung, des Zugangs zur Beschäftigung, zur Bildung und Fortbildung, zu einer angemessenen und erschwinglichen Wohnung und zu Verkehrsmitteln von Qualität gleichzeitig behandelt werden. Ein solcher integrierter Ansatz dient der Prävention der sozialen Ungleichheit, welche ein Hemmnis für die Innovation, den wirtschaftlichen Wohlstand und das Zusammenleben darstellen kann. Die „nachhaltige Stadt“ ist zwangsläufig solidarisch, d.h. einladend, funktionell und Quelle des sozialen Fortschritts.

-E- Diese Fragestellungen beinhalten allgemeine und individuelle Verhaltensweisen. Deshalb müssen die Akteure der Zivilgesellschaft und die Einwohner selbst bei der Konzeption, der Umsetzung und der Führung von nachhaltigen und solidarischen Städten eine wesentliche Rolle spielen. Die Komplexität der Fragen erfordert die Mitarbeit von kompetenten Fachexperten im öffentlichen und privaten Sektor bei den Lokalbehörden und die Unterstützung der Finanzinstitutionen.

-F- Die nachhaltige Stadt ist Bestandteil einer Wirtschaft, die für die globalen Formen des Austauschs und der Dynamik offen ist und die so stark wie möglich auf die Produktion in der näheren Umgebung zugreift und eine Optimierung der kommerziellen, der Logistik- und Transportfunktionen anstrebt.

-G- Die urbanen und ländlichen Territorien sind unabhängig. Im Anschluss an das europäische Programm für nachhaltige Entwicklung rufen die Territoriale Agenda und die Leipzig Charta zu einem neuen Ansatz in der Stadt/Land-Beziehung und zu Partnerschaften zwischen den urbanen und ländlichen Territorien auf, und zwar auf der Ebene funktioneller Zonen, so dass eine harmonische und ausgewogene Entwicklung der gesamten Territorien bei gleichzeitiger Akzeptanz ihrer Diversität erreicht wird. Dieser Ansatz ist erforderlich, um jedem einen gerechten Zugang zu den Dienstleistungen zu garantieren. Außerdem ist die Koordination zwischen den ländlichen und städtischen Gebieten notwendig, um die Ziele im Hinblick auf die Entwicklung von „Clustern“, einen sparsamen Energieverbrauch, die erneuerbaren Energien, die Erhaltung der natürlichen Ressourcen - insbesondere der Wasser und Landschaftsressourcen - zu erreichen.

Die grenzüberschreitenden Ballungsgebiete haben einen besonderen Stellenwert bei der integrierten, nachhaltigen und solidarischen urbanen Entwicklung in Europa. Sie stellen privilegierte und grundlegende Verbindungen innerhalb des Netzes der europäischen Städte dar.

-H- Der integrierte Ansatz muss die unterschiedlichen Ebenen der Stadt, des Stadtviertels und der urbanen Zone berücksichtigen. Er muss auf einer Governance auf mehreren Ebenen beruhen, welche die lokale, regionale, nationale und europäische Ebene einschließt, da diese einen Einfluss auf die urbane Entwicklung haben.

-I- Die europäischen Institutionen haben zahlreiche Initiativen zugunsten der urbanen Entwicklung ergriffen, wie: Das Einbeziehen der urbanen Dimension in die Operationellen Programme, die Entwicklung des Erfahrungsaustauschs (insbesondere im Rahmen von URBACT), die thematische Strategie für die städtische Umwelt und die Kapitalisierung der Kenntnisse dank des Städteaudits.

-J- Die Minister begrüßen die im Jahr 2008 vollbrachte Arbeit unter der Slowenischen Ratspräsidentschaft. Im Rahmen der Französischen Ratspräsidentschaft haben sie ihre Überlegungen über die nachhaltige und solidarische Stadtentwicklung fortgesetzt, um:

- 1) ihre in der Leipzig Charta eingegangenen Verpflichtungen fortzusetzen;
- 2) der Problematik des Klimawandels Rechnung zu tragen;
- 3) dem Einsatz der Kohäsionspolitik zu unterstützen, um die integrierte Stadtentwicklung zu fördern.

- 1 - Umsetzen der Leipzig Charta zugunsten einer integrierten und nachhaltigen urbanen Entwicklung

Die Minister,

- In Anerkennung der Rolle der Städte zugunsten der territorialen Kohäsion, wie dies im Grünbuch der Europäischen Kommission bezüglich der territorialen Kohäsion erneut bekräftigt wurde;
- In Begrüßung des Entschlusses des Europäischen Parlaments bezüglich der weiteren Umsetzung der Territorialen Agenda und der Leipzig Charta¹ und insbesondere der Wichtigkeit eines Aktionsprogramms zur Umsetzung der Ziele der Leipzig Charta;
- In Erinnerung an die Schlussfolgerungen des Rates bezüglich des Beitrages der Architektur zur nachhaltigen Entwicklung mit ihren technischen, kulturellen aber auch ihren ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Bestandteilen;
- Unter Kenntnisnahme des Berichts der Arbeitsgruppe unter der slowenischen Leitung über die Aktion 1.1 des ersten „Aktionsprogrammes zur Umsetzung der Territorialen Agenda der Europäischen Union“, der zu einer besseren Koordinierung zwischen den Stadtpolitiken und territorialen Politiken auffordert und der eine Voraussetzung für die nachhaltige integrierte Stadtentwicklung darstellt;

¹ « Für ein europäisches Aktionsprogramm für Raumentwicklung und territorialen Zusammenhalt »
(PA_TA(2008)0069)

- Im Bewusstsein ihrer Verantwortung im Hinblick auf eine ausgewogene Raumplanung, unter Begünstigung einer harmonischen Entwicklung der verschiedenen Regionen und Städte unter Wahrung ihrer Besonderheiten;
 - In Anbetracht der wesentlichen Rolle der Lokalbehörden, die in Anwendung des Subsidiaritätsprinzips einen Großteil der Verantwortung für die nachhaltige Stadtentwicklung tragen; und in Begrüßung der Initiativen der Lokalbehörden zugunsten eines Austauschs bei der Umsetzung der Leipzig Charta, wie das Beispiel des Städteforums zeigt, dessen nächste Zusammenkunft am 2. und 3. Dezember 2008 in Montpellier sein wird;
 - In erneuter Bekräftigung ihres Interesses für das Konzept « *Baukultur* », so wie es in der Leipzig Charta dargelegt wurde;
 - Angesichts der Bedeutung und der Relevanz der unterschiedlichen Ansätze und Beispiele, die in der Studie bezüglich der « Hebel der öffentlichen Aktion zur Entwicklung nachhaltiger Städte » vorgestellt wurden;
 - Angesichts der Bedeutung, über urbane Statistiken und vergleichbare Indikatoren auf europäischer Ebene zu verfügen und diese Informationen zu koordinieren, um in der Lage zu sein, ein Portrait der Städte anzufertigen und Vergleiche anzustellen; und in dieser Hinsicht den Beitrag des von der Kommission durchgeführten Städteaudits begrüßend ²;
- 1.1 Bekräftigen ihre mit der Unterzeichnung der Leipzig Charta eingegangenen Engagements, insbesondere zugunsten der benachteiligten Stadtviertel, von denen zu einem großen Teil die Zukunft der Städte abhängt, und sie empfehlen, dass die Anwendung der Leipzig Charta während der Treffen der für Stadtentwicklung zuständigen Minister Gegenstand regelmäßiger Überwachungen sei;
 - 1.2 Schlagen vor, den Austausch für die Umsetzung der Leipzig Charta und der Territorialen Agenda unter dem Aspekt der territorialen Kohäsion fortzusetzen;
 - 1.3 Bekräftigen erneut ihr Engagement, die urbane Dimension der europäischen Strategie für nachhaltige Entwicklung (Strategie von Göteborg) und der Lissaboner Strategie für Wachstum und Beschäftigung weiterhin zu verstärken;
 - 1.4 Schlagen vor, zugunsten der Verbesserung der Kenntnisse über die Stadt zu wirken und das Wissen und die Kompetenzen der Akteure durch die Bildung und in Verbindung mit den Berufsorganisationen zu stärken;
 - 1.5 Schlagen vor, die wesentliche Rolle der Architektur und der städtischen Qualität im Rahmen des Ansatzes für die nachhaltige und integrierte Stadtentwicklung zu beachten, indem dem historischen und kulturellen Erbe, den innovativen und kreativen architektonischen Lösungen eine besondere Aufmerksamkeit beigemessen wird, um somit eine bessere Lebensqualität im urbanen Umfeld zu erreichen;
 - 1.6 Schlagen vor, gemeinsam mit den lokalen und regionalen Behörden bei der Umsetzung der integrierten Politik für Stadtentwicklung, mit dem Ziel einer verbesserten Kohärenz der unterschiedlichen Funktionen der Stadt (Wohnkultur,

² Statistische europäische Datenbank die 330 Indikatoren beinhaltet und 321 Städte der Europäischen Union abdeckt (www.urbanaudit.org)

wirtschaftliche und soziale Aktivitäten, Bildung und Erziehung, Kultur, Freizeit) zu wirken, um die Hebel der öffentlichen Aktion zugunsten einer nachhaltigen und solidarischen Stadt zu entwickeln; diese Politiken müssen die Besonderheiten jedes Territoriums berücksichtigen und der Stadt / Land Verbindung und der Dynamik in den grenzüberschreitenden Regionen besondere Aufmerksamkeit widmen;

- 1.7 Befürworten eine stärkere Kohärenz zwischen den unterschiedlichen Funktionen der Stadt, die gleichzeitige Umsetzung von Entwicklungspolitiken der lokalen Wirtschaft, Ausbildung der Jugendlichen, Urbanismus und Zugang zu den qualitativen Verkehrsmitteln, insbesondere öffentlichen Verkehrsmitteln, vor allem für die Einwohner in den benachteiligten Stadtvierteln;
- 1.8 Bekräftigen ihre Unterstützung bei der Fortsetzung der schon realisierten Arbeit im Zusammenhang mit dem Städteaudit, das vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) gemeinsam mit den nationalen Ämtern für Statistik und den betroffenen Städten der Europäische Union koordiniert wird;
- 1.9 Nehmen die Schlussfolgerungen und Empfehlungen des Arbeitsgruppe für JESSICA - *Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas* (Finanzierungsinstrument für integrierte nachhaltige Stadtentwicklung) zur Kenntnis; die auf diesem Weg engagierten Länder verweisen nachdrücklich auf die Tatsache, dass dieses Instrument ein wichtiger Hebel sein könnte, um integrierte und ehrgeizige urbane Projekte umzusetzen.
- 1.10 Beschließen, einen Referenzrahmen für die nachhaltige und solidarische Stadt für die Anwendung der Leipzig Charta, auf Grundlage des dieser Erklärung beiliegenden Anhangs, zu erarbeiten, und laden zu diesem Zweck sämtliche Akteure der Stadtpolitiken, einschließlich der Vertreter der Städte, europäischen Institutionen, NGOs und insbesondere der Netzwerke der Städte, der wissenschaftlichen und technischen Einrichtungen und Fachverbände ein, sich an einem gemeinsamen und offenen Prozess zu beteiligen;

- 2 - Die Problematik des Klimawandels bei der Stadtentwicklung berücksichtigen

Die Minister,

- in Einklang mit den europäischen Strategien für nachhaltige Entwicklung und städtische Umwelt und den internationalen Abkommen zur nachhaltigen Entwicklung;
- in Begrüßung der Annahme des Grünbuches der Europäischen Kommission bezüglich der Anpassung an den Klimawandel in Europa;
- im Bewusstsein der Tatsache, dass ein Großteil, und zwar 69%, der europäischen Treibhausgase in den Städten produziert werden und dass der Kampf gegen den Klimawandel einen integrierten Ansatz der öffentlichen Politik erfordert, insbesondere durch eine verbesserte Energieeffizienz im Verkehr, Bauwesen und den öffentlichen Einrichtungen und Anlagen sowie durch eine Reduzierung der

- Auswirkungen des Kohlenstoffs im Rahmen der Maßnahmen zur Stadtentwicklung auf der lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Ebene;
- ausgehend von der Tatsache, dass der Klimawandel nicht nur eine ökologische Herausforderung für die Staaten und Städte darstellt, sondern auch eine wirtschaftliche Chance für die Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Ebene und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist; dass die Innovation auf den Gebieten der Anpassung oder der Milderung der Auswirkungen des Klimawandels für die Territorien ein Faktor für ihre Attraktivität ist und somit den Schutz der Ressourcen, insbesondere der Wasserressourcen, begünstigen muss;
 - angesichts des Risikos einer Zunahme der Energieknappheit aufgrund des Klimawandels und der Energiekrise, und in Hervorhebung der Tatsache, dass die Bedürfnisse und die Beteiligung sämtlicher Wirtschaft- und Sozialakteure in die Politiken des Kampfes gegen den Klimawandel und die nachhaltige Entwicklung integriert werden müssen;
 - sich der Notwendigkeit bewusst, dass ein dringender Handlungsbedarfs zugunsten der nachhaltigen urbanen Mobilität für alle besteht, wobei besonders auf die Notwendigkeit verwiesen werden muss, den benachteiligten Bevölkerungsgruppen städtische Transportmöglichkeiten anzubieten, die ihren Bedürfnissen entsprechen und die zur Erschließung der benachteiligten Stadtviertel beitragen;
- 2.1- Regen an, dass die Europäische Kommission die Rolle der Städte und der Regionen bei der Fortsetzung ihrer Arbeiten zur Milderung und Anpassung an den Klimawandel berücksichtigt, und unterstreichen die Bedeutung der Investitionen auf diesem Gebiet als einer der Lösungen für die finanzielle und wirtschaftliche Krise;
- 2.2- Fordern die zuständigen Behörden auf, Politiken der nachhaltigen und integrierten und urbanen Mobilität auf einer Energieebene zu konzipieren, die gleichzeitig die wirtschaftliche, ökologische und soziale Dimension berücksichtigt
- 2.3- Schlagen vor, dass die europäischen Forschungsprogramme die Folgen des Klimawandels auf die am meisten benachteiligten Bevölkerungsschichten analysieren und unterstreichen das Interesse einer Partnerschaft zwischen den Unternehmen und den Universitäten im Rahmen von Forschungsprogrammen bezüglich der Energieeffizienz;
- 2.4- Schlagen vor, den Austausch der Good Practices, der Kapitalisierung von Kenntnissen und die Vernetzung auf regionaler, nationaler, grenzüberschreitender und transnationaler Ebene zu begünstigen; unterstreichen das Interesse der Netzwerke für den wissensbasierten Austausch, insbesondere des „European Urban Knowledge Network“ (EUKN) und der Arbeiten der europäischen Netze der lokalen Gebietskörperschaften³ sowie den Dialog mit den Städten der Drittländer; in diesem Sinne fordern sie die Kommission auf, die Anstrengungen der Kapitalisierung und Verbreitung der gesammelten Resultate und der Fakten, des Städteaudits, des „European Spatial Planning Observation Network“ (ESPON, französ. ORATE), des URBACT Programms, der Fakten und Analysen der europäischen Umweltagentur und der europäischen Forschungsprogramme zu unterstützen;
- 2.5- Ermutigen die regionalen, lokalen Behörden und die anderen Instanzen, bei entsprechender Eignung eine erste Diagnose der laufenden Maßnahmen aufzustellen und territoriale Klimastrategien in Verbindung mit den nationalen

³ Energie-Cités zum Beispiel besitzt eine Datenbank mit 500 Good Practices (www.energie-cites.eu)

- Planungsunterlagen den Lokalen Agenden 21 und den lokalen Plänen für die städtische Entwicklung auszuarbeiten;
- 2.6- Verpflichten sich, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten zu verstärken, um Strategien zur Reduzierung der Treibhausgase in den städtischen Zonen, entsprechend den von der Europäischen Union festgelegten Zielen zu erarbeiten;
 - 2.7- Verpflichten sich, die Rolle der Stadtplanung bei der Anpassung an den Klimawandel und die Milderung seiner Treibhauseffekte zu berücksichtigen und zu diesem Zweck das Konzept der kompakten Stadt zu fördern und dahin gehend zu wirken, dass die integrierte Stadtentwicklung dazu beiträgt, die städtische Zersiedelung einzuschränken; sie unterstützen die Notwendigkeit des Austauschs im Vorfeld der territorialen Planung bezüglich der Instrumente, die eingesetzt werden müssen, um die Zielsetzungen zu erreichen;
 - 2.8- Engagieren sich, entsprechend angepasste Politiken zur Verbesserung der Energieeffizienz der neuen und alten, öffentlichen und privaten Gebäude, und die Verwendung der erneuerbaren Energien zu unterstützen.

- 3 - Das Einsetzen der Kohäsionspolitik unterstützen, um die integrierte Stadtentwicklung zu fördern.

Die Minister,

- In Anerkennung der bedeutenden Rolle, die die Kohäsionspolitik zugunsten der integrierten nachhaltigen Stadtentwicklung spielt, insbesondere durch die Stärkung der städtischen Dimension in den Operationellen Programmen;
 - In Begrüßung der Veröffentlichung, anlässlich der Ministertagung und durch die Kommission, der Arbeitsunterlage der Generaldirektion Regionalpolitik „Die städtische Dimension verstärken – Analyse der EFRE co-finanzierten Operationellen Programme (2007-2013)“;
- 3.1- Verleihen ihrer Freude darüber Ausdruck, dass die urbane Dimension in den Operationellen Programmen besser berücksichtigt wird, was insbesondere in einer signifikanten Zunahme des Anteil des EFRE für den Zeitraum 2007-2013 zum Ausdruck kommt;
 - 3.2- Schlagen vor, die Aktionen für die integrierte Stadtentwicklung im Rahmen der Umsetzung der Operationellen Programme zu fördern: In diesem Zusammenhang fordern sie die die Lenkungs-Behörden auf, sich der Unterstützung der integrierten urbanen Projekte und der Einbeziehung der Städte und aller zuständigen Akteure zu vergewissern;
 - 3.3- Legen der Kommission nahe, ihre Analyse der Berücksichtigung der urbanen Dimension durch die Kohäsionspolitik, anlässlich ihres kommenden, für 2010 geplanten strategischen Berichts zu aktualisieren, der auf Grundlage der Berichte, die in 2009 von Mitgliedsstaaten, gemäß Artikel 30 der Verordnung des Rates 1083/2006 vom 11. Juli 2006 erwartet werden, erstellt werden wird.